

# Am Limit

**Kinderbetreuung** Fachleute kritisieren die Arbeitsbedingungen in Kinderkrippen. 50 Prozent der Angestellten seien nicht dafür ausgebildet, obwohl die Arbeitslast und die Verantwortung gross sind.

Claudia Blumer

Die Krippenlandschaft ist stark gewachsen. Noch um die Jahrtausendwende kamen Eltern auf eine Warteliste, wenn sie für ihr Neugeborenes einen Platz suchten. Manchmal dauerte es Monate. Nachdem der Bund 2003 sein Programm zur Anstossfinanzierung gestartet hatte, wurden bis heute schweizweit gegen 60 100 Plätze in Kindertagesstätten und schulergänzenden Betreuungseinrichtungen geschaffen. Damit werden Eltern schneller fündig – ein Fortschritt.

Doch es gibt eine Kehrseite. Die Arbeitsbedingungen in vielen Kindertagesstätten (Kita) sind prekär, sagen Fachleute. Als Grund bezeichnen sie mangelnde finanzielle Ressourcen. Weil zu wenig Mittel da sind, würden häufig Leute ohne Ausbildung, Praktikanten oder Lernende mit Aufgaben betraut, für die sie nicht gerüstet seien.

Die Hälfte aller Kita-Angestellten in der Schweiz haben keine abgeschlossene Ausbildung, das hat der Verband Kinderbetreuung Schweiz (Kibesuisse) errechnet. Es sind Schulabgänger im Praktikum, Lernende oder Mitarbeiter, die keine entsprechende Ausbildung gemacht haben und auch keine machen werden. Sie alle dürfen Kinder betreuen – allerdings nur zusammen mit einer ausgebildeten Fachperson.

Es gibt Betreuungsschlüssel, die das zahlenmässige Verhältnis von Kindern und Betreuungspersonen festlegen. Im Kanton Zürich etwa sind pro elf Kinder – ab Frühling 2020 zwölf Kinder – zwei Betreuungspersonen vorgeschrieben. Eine davon muss ausgebildet sein. Es komme jedoch immer wieder vor, dass eine Person mit den Kindern allein sei, sagt Annika Butters vom Marie-Meierhofer-Institut für das Kind (MMI). Das treffe auch junge und unerfahrene Mitarbeitende. Der Personalbestand sei aus finanziellen Gründen so knapp, dass bei Ausfällen, etwa wegen Krankheit, der Betreuungsschlüssel oft nicht eingehalten werden könne.

Viele Kita-Angestellte stünden unter enormem Druck, sagt Annika Butters: lange Arbeitszeiten, anstrengende und auslaugende Beschäftigung, tiefe Löhne und eine Verantwortung, die Angestellte ohne Ausbildung und genügend Erfahrung gar nicht tra-



Zwar gibt es inzwischen mehr Kinderbetreuungsplätze, doch oft fehlt es an ausgebildetem Personal. Foto: Sophie Stieger

gen könnten. Butters ist beim MMI zuständig für die frühkindliche Entwicklung, sie unterrichtet Mitarbeitende von Kindertagesstätten. Oft hört sie von ihren Schülern: «Gestern war ich wieder den ganzen Vormittag allein mit den Kindern.»

## Unzufriedene Angestellte

Auch Estelle Thomet von Kibesuisse sieht Verbesserungspotenzial. «Die Anstellungsbedingungen sind aus strukturellen Gründen nicht optimal», sagt sie. Der Personalbestand sei oft knapp und die Arbeitslast gross. Zeit für Austausch, Reflexion und Super-



Annika Butters (links) und Estelle Thomet. Fotos: PD

vision bleibe kaum. Das alles führe zu Unzufriedenheit, einer hohen Personalfuktuation und zum Ausstieg vieler junger Mitarbeitenden wegen mangelnder Lohn- und Karriereperspektiven. All das beeinträchtigt auch das Wohl der Kinder: «Kinder sind in ihrer gesunden Entwicklung auf verlässliche, konstante und vertraute Bezugspersonen angewiesen», sagt Estelle Thomet.

Unzufriedene Kita-Angestellte – da bekommt Christine Flitner, Zentralsekretärin beim VPOD, der Gewerkschaft des öffentlichen Personals, einiges mit. Viele melden sich bei ihr mit Fragen wie: Muss ich so lange arbeiten? Bei uns arbeiten drei Praktikantinnen und eine Auszubildende – ist das erlaubt? Muss ich mit den Kindern essen und dasselbe wie sie? Ist das Freizeit oder Arbeit? Auch die Aufsicht über das Krippenwesen, das den Kantonen obliegt, werde von den Angestellten als mangelhaft bezeichnet, sagt Flitner. Die Kontrolleure

würden nur selten in den Kitas erscheinen, und wenn, dann würden schöne Konzepte präsentiert, die der Praxis nicht standhielten.

Der Blick in die Kantone zeigt, dass das Problem teilweise erkannt ist. Im Kanton Solothurn hat das Amt für Wirtschaft und Arbeit 53 Krippen kontrolliert, rund die Hälfte von ihnen haben die Lohnvorschriften unterschritten. 23 Institutionen zahlten Praktikanten-Stundenlöhne von unter 4.40 Franken, in drei Fällen lag der Stundenlohn unter 3 Franken. Darüber berichtete vor kurzem die «Solothurner Zeitung». Ebenfalls stellten die Kontrolleure fest, dass Praktikanten nach Abschluss des Praktikums nicht wie erhofft eine Lehrstelle bekamen, sondern nochmals ein Praktikum anhängen mussten. Auch im Kanton Bern hat die Arbeitsmarktkommission ein Augenmerk auf Kinderkrippen. Das zeigt ein Blick auf deren Website. Anfang 2017 hat die Kommission die Regeln für Praktika in Kinder-

tagesstätten verschärft. Im Kanton Zürich macht das Amt für Wirtschaft und Arbeit keine Angaben darüber, ob Kitas eine neuralgische Branche seien. Der Aufwand, dies zu eruieren, sei zu gross, antwortet die Sprecherin.

## Wie Schulen finanzieren?

Nach Ansicht der befragten Fachpersonen müsste der Staat deutlich mehr Geld in die Betreuung von Kleinkindern investieren. «Die frühkindliche Betreuung müsste als Teil der Bildungspolitik anerkannt und finanzpolitisch so behandelt werden», sagt Thomet. Ihrer Ansicht nach sollte der Staat Krippen so finanzieren wie Schulen, dann könne flächendeckend eine gute Qualität erreicht werden. Es brauche deutlich mehr ausgebildetes Kita-Personal.

Heute finanzieren sich die Krippen aus Elternbeiträgen und aus Subventionen und Zuschüssen unterschiedlicher Art. Zuständig für das Krippenangebot sind Kantone und Gemeinden.

Noch bekommt das Thema von der Politik nicht die Beachtung, die sich die Kritikerinnen wünschen. Dass das Verbesserungspotenzial erkannt ist, davon zeugen jedoch Vorstösse, Vorlagen und Berichte der letzten Jahre. So hat die Unesco Anfang Jahr der Schweiz empfohlen, die frühe Kinderbetreuung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ auszubauen.

Gerade in der Schweiz sind die Kinder besonders klein, wenn sie eine Krippe besuchen – oft schon im Alter von drei Monaten. In Deutschland und Österreich bleiben sie ein Jahr zu Hause, in Schweden eineinhalb Jahre. Umso wichtiger sei die Qualität der Kleinkindbetreuung, sagt Butters. Im Kanton Zürich können künftig mit dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz acht Säuglinge von zwei Personen betreut werden – was in der Praxis eben oft bedeuten könne: von einer Person. «Das ist unhaltbar», sagt sie.

## Grüne suchen Verbündete

**Bundesratswahl** Die Grünen führen Gespräche mit FDP und CVP. Eine Kampfkandidatur ist kein Thema – noch nicht.

SVP, Grüne und BDP halten heute ihre Delegiertenversammlung ab, und es ist klar, wo man die fröhlichsten Gesichter sehen wird. Die SVP-Fraktion ist um ein Fünftel geschrumpft, die BDP hat gar keine Fraktionsstärke mehr. Die Grünen hingegen werden ihre neue Grösse feiern, wenn sie sich heute im Hotel National in Bern treffen.

Eine Frage, die an der Delegiertenversammlung nicht traktandiert ist, aber die Partei beschäftigt: Wie weiter in der Bundesratsfrage? Sollen die Grünen angreifen, wie frühere Bun-

desratskandidaten der Grünen dies gestern im «Blick» gefordert haben? Oder weiterhin den konzilianten Kurs fahren, den Parteipräsidentin Regula Rytz noch am Wahlsonntag vorgegeben hat?

Derzeit laufen Gespräche der Grünen mit der FDP wie auch mit der CVP. Das sagen mehrere grüne Fraktionsmitglieder. Das Ziel ist eine neue Zauberformel, wie sie Fraktionschef Balthasar Glättli schon im Frühling nach den Zürcher Wahlen skizziert hat: Die zwei stärksten Parteien, SVP und SP, hätten je zwei Sitze, die drei nachfolgenden Parteien

– FDP, CVP und Grüne – je einen Sitz. «Falls sich im Herbst der grüne Zürcher Erdrutsch auf nationaler Ebene wiederholen sollte, müssten wir über eine neue Zauberformel nachdenken», sagte Glättli damals dieser Zeitung. Dieses Szenario traf tatsächlich ein: Der grüne Erdrutsch hat sich auf nationaler Ebene wiederholt, mindestens.

Und so versuchen die Grünen, die sich vorerst den konsensorientierten Weg auf die Fahne geschrieben haben, die FDP von einer neuen Zauberformel zu überzeugen. Dass die Freisinni-

gen von sich aus Macht abgeben, ist allerdings wenig wahrscheinlich. Präsidentin Petra Gössi hat klar gesagt, dass sie den Grünen aktuell keinen Anspruch zugesteht. Mit dem Einzug in den Bundesrat müssten sich diese nochmals eine Legislatur gedulden wie damals die SVP in den Neunzigerjahren.

## Wem hilft die CVP?

Eine weitere mögliche Verbündete wäre die CVP, die 2003 selber einen Sitz abgeben musste, nachdem sich die Wähleranteile verändert hatten. Die Frage ist, ob

die CVP der FDP hilft oder den Grünen. CVP-Präsident Gerhard Pfister wird in den nächsten Wochen ein gefragter Gesprächspartner sein. Die SVP ging weniger behutsam vor, als sie 2003 mit Christoph Blocher die amtierende Ruth Metzler (CVP) aus dem Bundesrat warf. Doch die Grünen seien eben anders, heisst es bei Mitgliedern. Sie erwarten von der «staatstragenden FDP», dass sie ihre Verluste anerkennt und den «Wählerwillen» akzeptiert.

Doch unabhängig von der Allianz, die entstehen könnte – es wird bis zur Bundesratswahl

vom 11. Dezember noch viel passieren. Denkbar ist, dass Regula Rytz, die am 17. November in Bern den zweiten Wahlgang für den Ständerat zu bestreiten hat, nach erfolgter Wahl auch in der Bundesratsfrage offensiver auftreten wird.

Jedenfalls: Die «Nacht der langen Messer» vor der Bundesratswahl, die in den letzten drei Legislaturperioden nicht mehr viel Spannendes hergab, könnte diesmal ihrem Namen wieder einmal gerecht werden.

Claudia Blumer